

Die “Londoner Erklärung” zur globalen Kreditkrise

Einleitung

Am 13. November 2008 haben sich zweihundert Vertreter aus sechsundzwanzig Staaten in London versammelt, um über die globale Kreditkrise zu diskutieren. Die Teilnehmer sind sich darüber einig, dass weltweit die Steuerzahler die Zeche für die Rettung von Banken und anderen Finanzinstituten zahlen müssen. Dessen ungeachtet sind es die Haushalte, die die Wucht des Zusammenbruches der weltweiten Finanzsysteme am meisten zu spüren bekommen. Verbraucher, die dazu ermutigt wurden, sich exzessiv zu verschulden, kämpfen nunmehr gegen Zwangsversteigerungen ihrer privaten Immobilien und private Insolvenzen an, Ersparnisse und private Pensionsrücklagen sind bedroht, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Diskussionsteilnehmer waren über die Empfehlungen des Europarates (Rec/(2007)8) hinsichtlich rechtlicher Lösungsmöglichkeiten bei Schuldenproblemen unterrichtet, welche für die Mitgliedstaaten ein Rahmenwerk liefern sollen, das

- Maßnahmen zur Verhinderung von Überschuldung bereitstellt,
- die Effekte von Inkassomaßnahmen mildert und
- überschuldeten Personen und Familien die Sanierung ermöglicht

Das Rahmenwerk des Europarates wurde zwar weitestgehend begrüßt, allerdings wiesen viele Konferenzteilnehmer darauf hin, dass es zur Bewältigung der für die privaten Haushalte anstehenden Aufgaben unzureichend sei. Aus diesem Grund haben die Delegierten die folgende Erklärung unterstützt¹.

¹ Die Unterschriftenliste ist auf den Seiten 5 & 6 zu finden. Sie enthält Unterschriften aus 20 Ländern. Weitere Unterschriften von Delegierten aus den Ländern Bulgariens, Portugal, Israels und Zyperns bedürfen noch der formellen Bestätigung durch die jeweiligen Organisationen. Vertreter der türkischen Regierung waren ebenfalls anwesend.

Die Londoner Erklärung

Wir, die Europäische Koalition zur verantwortlichen Kreditvergabe (ECRC) sowie die britische Organisation Debt on our Doorstep (DOOD), rufen gemeinsam mit Unterstützung unserer weltweiten Partner unsere Regierungen, Regulierungsbehörden und Zentralbanken dazu auf, unverzüglich Maßnahmen zur Unterstützung finanziell notleidender Haushalte zu ergreifen und gemeinsam mit Verbraucherorganisationen, Wissenschaftlern, der Gewerkschaften und uns Richtlinien zur Regulierung der Kreditmärkte auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene zu erarbeiten.

Die derzeitige Krise ist ein Produkt jahrelanger Vernachlässigung der Verbraucherinteressen auf den Kreditmärkten und einer fehlenden Regulierung. In den vergangenen 20 Jahren wurden zu Lasten des Verbraucherschutzes unter dem Deckmantel des freien und effizienten Zuganges für die Unternehmen Märkte dereguliert. Diese falsche Herangehensweise ist nunmehr offensichtlich geworden. Nicht die Herausgabe von Krediten an Haushalte mit niedrigem Einkommen ist Ursache dieser Krise, sondern die Herausgabe *unverantwortlicher* Kreditprodukte sowie der fehlende Verbraucherschutz.

Wir rufen daher die Regierungen Europas dazu auf,

1. **die Hilfe bei notleidenden privaten Immobilienkrediten für diese Haushalte zu verbessern**, indem
 - a. Rettungsfonds für die Kredite unter Mithilfe der Finanzwirtschaft aufgelegt werden, die den Schuldner die Umschuldung bei bezahlbarer Zinsbelastung über die nächsten fünf bis zehn Jahre ermöglichen und
 - b. Gerichte in die Lage versetzt werden, Zwangsversteigerungen privater Immobilien für die Zeit der Inanspruchnahme der "Rettungsfonds" zu unterbinden.
2. **Verbesserungen der Rechtsstellung für Kreditnehmer mit grundpfandrechtl. ungesicherten Engagements vorzunehmen**, indem
 - a. Ihnen auf Antrag im Rahmen richterlicher Überprüfung die Möglichkeit eines Zahlungsaufschubes von bis zu einem Jahr gegeben wird und
 - b. den Kreditgebern die Möglichkeit zur Eintragung von Zwangssicherungshypotheken auf privaten Immobilien verwehrt wird.

3. **Bereitstellung adäquater Schuldnerberatungsstellen** durch Entwicklung nationaler Schuldnerberatungspläne unter Mithilfe von Verbraucherorganisationen. Dieser Plan sollte durch unabhängige Gutachter erarbeitet werden.
4. **Einführung von Regelungen, die Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu verantwortungsvollen Kreditprodukten zu ermöglichen** und darüber hinaus Kreditgeber zur Veröffentlichung von Zahlen hinsichtlich der Erfüllung dieser Vorgaben verpflichtet.
5. **Verbesserte Steuerung des Kreditmarktes unter Einbeziehung von Verbrauchern**
 - a. Es ist zu gewährleisten, dass Verbraucher und Wohlfahrtsverbände in allen Schlüsselpositionen und Gremien auf globaler, europäischer und nationaler Ebene vertreten sind und
 - b. Finanzielle Unterstützung von Verbraucherorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, um ihnen die Teilnahme an diesem Prozess zu ermöglichen.
6. **Entwicklung eines Quasi-Insolvenzverfahrens für finanziell angeschlagene Banken.** Intervenierende Staaten müssen unter Berücksichtigung der Marktfunktionalität in die Lage versetzt werden das Management auszutauschen, Forderungen auszugleichen und öffentliche Interessen zu wahren, anstatt lediglich Gelder in die Banken zu deren freier Verfügung zu pumpen. Öffentliche Gelder und andere Beihilfen sollten nur gewährt werden, sofern sich die Empfänger zu einer verantwortungsvollen Handlungsweise Verbrauchern gegenüber und darüber hinaus zu einer Rückzahlung dieser Mittel verpflichten, sobald sie nicht mehr zum Abwenden einer drohenden Insolvenz der Bank benötigt werden.

13. November 2008

Prof. Dr. Udo Reifner

Vorsitzender, Europäische Koalition für verantwortliche Kreditvergabe

Damon Gibbons

Vorsitzender, Debt on our Doorstep